OESTERREICHISCHE NATIONALBANK
EUROSYSTEM

INFLATION AKTUELL

Die Inflationsanalyse der OeNB

Sicherheit durch Stabilität.

Q3/21

Vor dem Hintergrund des Preisstabilitätsziels des Eurosystems analysiert *Inflation aktuell* vierteljährlich die Inflationsentwicklung in Österreich und enthält zusätzlich eine Inflationsprognose sowie zumindest ein aktuelles Schwerpunktthema.

Medieninhaberin und Herausgeberin	*Oesterreichische Nationalbank* *Otto-Wagner-Platz 3, 1090 Wien* *Postfach 61, 1011 Wien* *www.oenb.at* *oenb.info@oenb.at* *Tel. (+43-1) 40420-6666* *Fax (+43-1) 40420-04-6698*
Schriftleitung	*Birgit Niessner*
Inhaltliche Gestaltung	*Friedrich Fritzer, Fabio Rumler, Mirjam Salish*
Redaktion	*Marc Bittner*

© Oesterreichische Nationalbank, 2021.
Alle Rechte vorbehalten.
Reproduktionen für nicht kommerzielle Verwendung, wissenschaftliche Zwecke und Lehrtätigkeit sind unter Nennung der Quelle freigegeben.

Im Sinne der besseren Lesbarkeit wird teilweise auf geschlechtergerechte Formulierungen verzichtet, an ihrer Stelle verwendete Begriffe gelten grundsätzlich für alle Geschlechter.

Überblick

Rohstoffbedingter Inflationsanstieg setzte sich weiter fort

Die HVPI-Inflationsrate stieg im August 2021 auf 3,2 %, wo sie laut Schnellschätzung von Statistik Austria auch im September 2021 verblieb. Damit erreichte die monatliche Inflationsrate im August 2021 den höchsten Wert seit Dezember 2011. Der Inflationsanstieg im bisherigen Jahresverlauf 2021 ist größtenteils auf den markanten Anstieg der Rohölpreise und damit auf die Energiekomponente im HVPI zurückzuführen. Seit Jahresbeginn stiegen jedoch nicht nur die Energiepreise, sondern auch die Preise vieler nichtenergetischer Rohstoffe deutlich. Dies spiegelte sich in den letzten Monaten auch zunehmend in den steigenden Endverbraucherpreisen nichtenergetischer Industriegüter wider. Zusätzlicher Preisdruck – insbesondere bei langlebigen Konsumgütern – ging zudem von Lieferengpässen sowie Unterbrechungen der Transportketten aus.

OeNB hebt Inflationsprognose für 2021 auf 2,4 % und für 2022 auf 2,2 % an

Laut aktueller Inflationsprognose der OeNB vom September 2021 wird die HVPI-Inflationsrate für das Jahr 2021 2,4 % betragen, gefolgt von 2,2 % im Jahr 2022. Der Höhepunkt der Inflationsentwicklung wird im dritten Quartal 2021 liegen. So geht die OeNB davon aus, dass die Inflation in den nächsten Monaten auf hohem Niveau verbleiben wird. Während die anhaltende wirtschaftliche Erholung sowie bestehende Angebotsengpässe auch im Jahr 2022 für Preisdruck sorgen werden, wird eine Entspannung auf den Rohstoffmärkten (insbesondere bei den Rohölpreisen, aber auch bei Preisen für nichtenergetische Rohstoffe) erwartet. Dies führt dazu, dass die Inflationsrate im Laufe des Jahres 2022 wieder leicht zurückgehen wird.

Markanter Preisanstieg von Rohstoffen und Vorleistungsgütern

Sowohl bei den Rohölpreisen als auch bei den Preisen für Industrie- und Nahrungsmittelrohstoffe sind seit dem Herbst des letzten Jahres beträchtliche Preissteigerungen verzeichnet worden. Dafür waren einerseits Angebotsfaktoren (Produktionseinschränkungen während der Lockdowns aufgrund der COVID-19-Pandemie sowie Störungen der globalen Lieferketten) und anderseits die anziehende globale Nachfrage verantwortlich. In den letzten Monaten gibt es allerdings Anzeichen, dass zumindest bei Industrierohstoffen der Preisanstieg zum Erliegen gekommen ist. Auch auf Ebene der heimischen Erzeugerpreise haben sich Energieprodukte und Vorleistungsgüter im bisherigen Jahresverlauf markant verteuert, während die eng mit den Verbraucherpreisen zusammenhängenden Erzeugerpreise für im Inland produzierte Konsumgüter im selben Zeitraum nur moderat gestiegen sind.

Auslastung der Produktionskapazitäten wieder auf Vorpandemieniveau

Laut WIFO-Konjunkturtest ist die Kapazitätsauslastung in der Konsumgüterindustrie nach einem massiven pandemiebedingten Einbruch im vergangenen Jahr inzwischen wieder auf das Niveau vor der COVID-19 Pandemie zurückgekehrt. Der Anstieg setzte bereits im Herbst 2020 ein und hat sich in der ersten Jahreshälfte 2021 – befeuert durch die wirtschaftliche Erholung – weiter fortgesetzt und führt damit zu einer leichten Erhöhung des nachfrageseitigen Preisdrucks.

Kurzfristige Inflationserwartungen reagieren auf Inflationsanstieg

In den letzten Monaten haben sich die von der Europäischen Kommission erhobenen Inflationserwartungen der Konsumentinnen und Konsumenten in Österreich für die nächsten zwölf Monate im Gleichklang mit der tatsächlichen Inflationsentwicklung deutlich erhöht. Auch die Inflationserwartungen von Prognoseinstituten für das Jahr 2021 sind zuletzt gestiegen und liegen derzeit bei 2,2 %. Für 2022 haben die Prognoseinstitute ihre Inflationsprognosen hingegen nur geringfügig auf 1,8 % erhöht.

Teilweise beträchtliche Preisunterschiede bei identischen Produkten im grenznahen Raum

Im Schwerpunktthema dieser Ausgabe von „Inflation aktuell" wird untersucht, ob und warum internationale Preis- und Inflationsunterschiede auch in Grenzregionen bestehen, die wirtschaftlich und kulturell stark verflochten sind und auch sonst keine Gründe für Preisdiskriminierung aufweisen (geringe Distanz, Zoll- und Währungsunion, ähnliche Konsumstrukturen etc.). Als Fallstudie hierfür wird die österreichisch-bayerische Grenzregion betrachtet, wobei Preise von Handelsketten, die in beiden Regionen vorkommen, auf Produktebene verglichen werden. Auch wenn viele der grenzüberschreitend angebotenen Produkte sehr ähnliche Preise aufweisen, lassen sich bei manchen Produkten Preis- und Inflationsunterschiede finden, die im Mittel deutlich größer sind als die Unterschiede innerhalb eines Landes. Die Existenz beträchtlicher Preisunterschiede von identischen Produkten im grenznahen Raum zeigt somit, dass Konsumentinnen und Konsumenten offenbar nicht gezielt Einkäufe tätigen, um Preisvorteile dies- und jenseits der Grenze zu nutzen.

Inflation aktuell – die Inflationsanalyse der OeNB

Friedrich Fritzer, Fabio Rumler, Mirjam Salish[1]

Überblick 2
1 Inflationsanstieg setzte sich im August weiter fort 5
2 Inflationsprognose: Inflationsrate steigt im Jahr 2021 auf 2,4 % 6
Kasten 1: Preisniveau- und Inflationsunterschiede im österreichisch-bayerischen Grenzgebiet auf Basis von Haushaltsscannerdaten 10
3 Erklärungsfaktoren für die aktuelle Preisentwicklung 16

Redaktionsschluss: 1. Oktober 2021

[1] Oesterreichische Nationalbank, Abteilung für volkswirtschaftliche Analysen, friedrich.fritzer@oenb.at, fabio.rumler@oenb.at, mirjam.salish@oenb.at.

1 Inflationsanstieg setzte sich im August weiter fort

Die österreichische HVPI[2]-Inflationsrate stieg von 1,1 % im Jänner 2021 auf 3,0 % im Mai 2021 an. Nach einem leichten Rückgang auf 2,8 % im Juni und Juli lag die HVPI-Inflation im August 2021 bei 3,2 %. Auf diesem Niveau verblieb sie laut Schnellschätzung der Statistik Austria auch im September 2021. Für den Inflationsanstieg seit Jahresbeginn waren bis zum August zu zwei Drittel die Energiepreise verantwortlich. Im Jahresverlauf ebenfalls stark angestiegen ist die Inflationsrate für Industriegüter ohne Energie. In etwa ein Fünftel des Inflationsauftriebs seit Jänner 2021 geht auf diese Komponente zurück. Des Weiteren trug auch die steigende Teuerungsrate bei Nahrungsmitteln inklusive Alkohol und Tabak zum Inflationsanstieg bei.

Die *ohne Energie und Nahrungsmittel berechnete Kerninflationsrate lag im August 2021 bei 2,5 %* und war somit um 0,5 Prozentpunkte höher als zu Jahresbeginn. Diese Differenz ist fast ausschließlich auf Industriegüter ohne Energie zurückzuführen, da sich die Inflationsrate der Dienstleistungen im August 2021 kaum von jener im Jänner 2021 unterschied. Allerdings ist eine Interpretation der Inflationsentwicklung im Dienstleistungsbereich schwierig, da aufgrund der Maßnahmen zur Eindämmung der COVID-19-Pandemie und den damit verbundenen Geschäftsschließungen bis Mai zahlreiche Preise fortgeschrieben werden mussten.[3]

Im *August 2021 belief sich die Inflationsrate von Energie auf 13,5 % und war somit deutlich höher als im Jänner 2021 (–5,3 %)*. Dafür ausschlaggebend waren die im Jahresverlauf stark gestiegenen Rohölpreise sowie der Basiseffekt[4] des Rohölpreisverfalls im Vergleichszeitraum des Vorjahres. Innerhalb der Energiekomponente wiesen vor allem Treibstoffe und Heizöl deutliche Preissteigerungen im Jahresabstand auf. Zuletzt waren jedoch auch Inflationsanstiege bei Gas, Strom und festen Brennstoffen sowie bei Wärmeenergie zu beobachten.

Der Anstieg der Dienstleistungspreise lag im August 2021 bei 2,3 % und war damit gleich hoch wie zu Jahresbeginn. Vor allem die Inflationsraten für Beherbergungsdienstleistungen und Gastronomie, Freizeit- und Sportdienstleistungen sowie Kulturdienstleistungen stiegen seit Jänner 2021 an. Allerdings war gerade in diesen Sektoren der Imputationsanteil zu Jahresbeginn hoch, was eine Interpretation der Inflationsraten erschwert. Während bei den Transportdienstleistungen die Preise für Flugreisen vor allem in den Sommermonaten saisonbedingt stark zunahmen, wurden Zug- und Bustickets sowie Taxifahrten günstiger. Ebenso ging die Inflationsrate für Mieten seit Jahresbeginn deutlich zurück (von 5,5 % im Jänner auf 0,4 % im August).

Die *Inflationsrate von Industriegütern ohne Energie sank im ersten Quartal dieses Jahres, stieg aber seit April 2021 kontinuierlich von 0,5 % auf 3,0 % im August 2021 an.* Für diese Entwicklung waren vor allem die *Preise für Bekleidungsartikel und Schuhe, Möbel und Einrichtungsgegenstände sowie Kraftfahrzeuge und Computer verantwortlich.* Im Mai hatte sich die pandemiebedingte Verschiebung der

[2] Harmonisierter Verbraucherpreisindex.

[3] Siehe dazu die methodischen Informationen von Eurostat in "Guidance on the compilation of the HICP in the context of the COVID-19 crisis": Eurostat guidance COVID-19 crisis. Laut Eurostat betraf dies von Jänner 2021 bis Mai 2021 zwischen 12 % und 20 % der im österreichischen HVPI-Warenkorb enthaltenen Produkte, vor allem in den Bereichen Gastgewerbe und Beherbergung, Freizeit- und Sportdienstleistungen sowie Kulturdienstleistungen. Im Euroraum-Durchschnitt mussten von Jänner 2021 bis Mai 2021 zwischen 9 % und 13 % der Preise fortgeschrieben werden. Seit Juni 2021 lag der Imputationsanteil bei unter 1 %, da so gut wie alle Preise wieder wie gewohnt erhoben werden konnten.

[4] Basiseffekt bedeutet, dass bei einer Inflationsrate im Jahresvergleich auch Bewegungen in der Basis, d.h. die Preisentwicklung vor einem Jahr, einen Einfluss auf die Veränderungsrate haben.

Ausverkaufsperiode bei Bekleidung und Schuhen inflationssteigernd ausgewirkt. Bei *Möbeln und Einrichtungsgegenständen ist von einer partiellen Übertragung der hohen Rohstoffkosten auf die Endverbraucherpreise* auszugehen. Zudem haben Basiseffekte die Jahresinflation ansteigen lassen, da nach dem ersten pandemiebedingten Lockdown im Vorjahr ein Ausverkauf bei Möbeln und Einrichtungsgegenständen stattfand. Insgesamt dürfte sich der Preisdruck durch Lieferengpässe (wie beispielsweise bei Halbleitern) sowie die Unterbrechung von Transportketten zunehmend auf die Endverbraucherpreise durchschlagen.

Die *Inflationsrate von Nahrungsmitteln (einschließlich Alkohol und Tabak) stieg von -0,5 % im Jänner 2021 auf 1,9 % im Mai 2021 an und lag im August zuletzt bei 1,1 %*. Vor allem die Teuerung von Fleischwaren und Gemüse, aber auch von alkoholischen Getränken und Tabak ging zuletzt nach oben. Hier dürfte unter anderem die Öffnung der Gastronomie und Hotellerie sowie der Sommertourismus eine Rolle gespielt haben.

2 Inflationsprognose: Inflationsrate steigt im Jahr 2021 auf 2,4 %[5]

Laut aktueller OeNB-Inflationsprognose vom September 2021 wird die HVPI-Inflationsrate im Jahr 2021 2,4 % betragen und 2022 auf 2,2 % sowie 2023 auf 1,8 % zurückgehen (Grafik 1 und Tabelle 2). Die Prognose der OeNB basiert auf der Annahme, dass die seit Mai 2021 umgesetzten Lockerungen der Eindämmungsmaßnahmen im Zuge der COVID-19-Pandemie nicht zurückgenommen werden müssen und auch zukünftig keine Betriebsschließungen bzw. strengeren Lockdowns nötig sein werden.

Für die ohne Energie und Nahrungsmittel berechnete *Kerninflation erwartet die OeNB im Jahr 2021 eine Teuerungsrate von 2,1 %. Im Zuge der anhaltenden wirtschaftlichen Erholung steigt die Kerninflationsrate im Jahr 2022 auf 2,3 % leicht an, verringert sich 2023 aber wieder auf 2,1 %*. Die inflationstreibenden Effekte der Rohstoffkostenanstiege sollten ab Mitte 2022 nachlassen. In der Prognose wird – den Markterwartungen folgend – von rückläufigen Preisen bei energetischen und nichtenergetischen Rohstoffen über den Prognosehorizont ausgegangen.

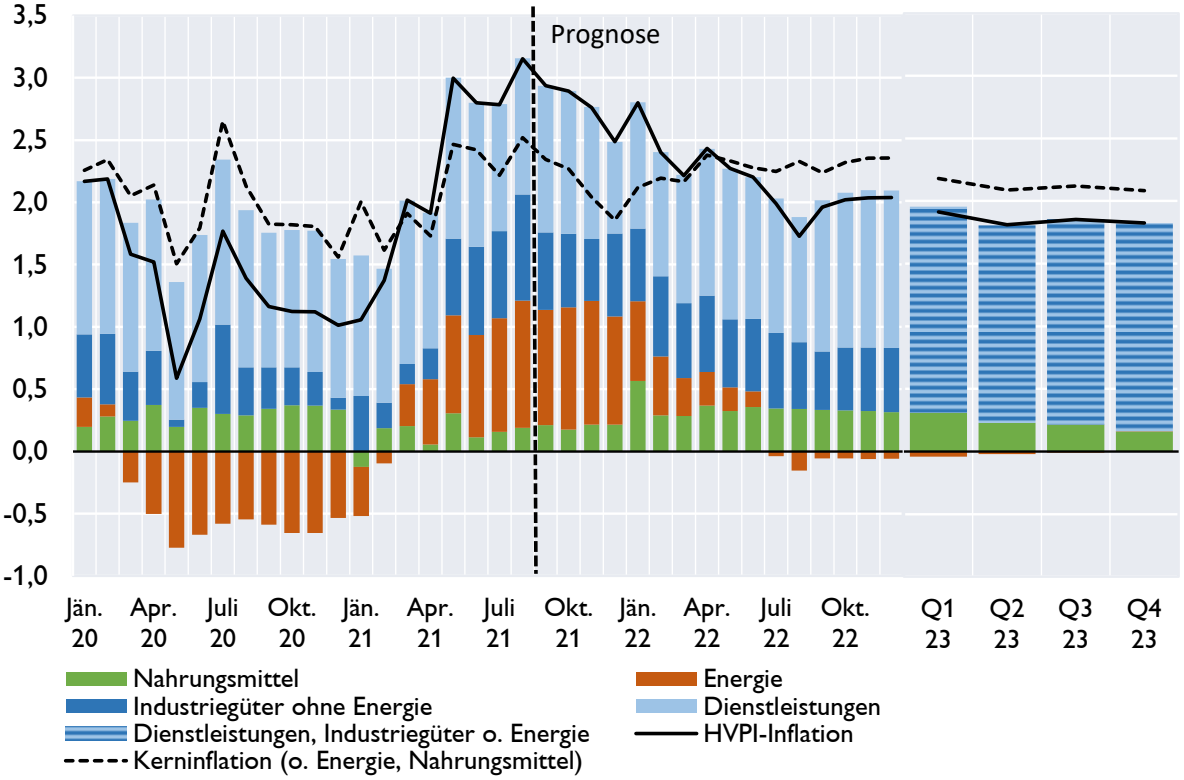
Gegenüber der Prognose vom Juni 2021 wurde die aktuelle Inflationsprognose für 2021 sowie 2022 deutlich nach oben revidiert (um jeweils 0,4 Prozentpunkte). Vor allem höhere Rohstoffpreise (für Energie und nichtenergetische Rohstoffe) sowie die aktuelle Überwälzung der gestiegenen Rohstoffkosten auf die Endverbraucherpreise war für die Aufwärtsrevision ausschlaggebend.

[5] Diese Inflationsprognose ist eine Aktualisierung der OeNB-Inflationsprognose vom September 2021, wobei die neuesten HVPI-Detaildaten für August 2021 einbezogen wurden. Entwicklungen, die nach dem 20.09.2021 stattfanden, wurden in der Prognose nicht berücksichtigt.

Grafik 1

Beiträge der Komponenten zur HVPI-Inflation

Inflationsraten in %; Inflationsbeiträge der Komponenten in Prozentpunkten



Quelle: OeNB, Statistik Austria.

Tabelle 1 zeigt die wichtigsten externen Annahmen der Prognose in Bezug auf Rohstoffpreise, Wechselkurse und Zinssätze. Diese wurden im Rahmen der EZB-Prognose vom September 2021 festgelegt. Gegenüber der Inflationsprognose vom Juni 2021 wurden die Rohölpreise über den gesamten Prognosehorizont nach oben revidiert. Für nichtenergetische Rohstoffpreise fand eine Aufwärtsrevision für die Jahre 2022 und vor allem 2023 statt. Der Wechselkurs des Euro wertete gegenüber dem US-Dollar im Vergleich zur Projektion vom Juni 2021 leicht ab, während die langfristigen Zinssätze nach unten revidiert wurden.

Tabelle I

Annahmen der OeNB-Inflationsprognose vom September 2021

		Annahmen vom September 2021			Revisionen gegenüber Juni 2021		
	2020	2021	2022	2023	2021	2022	2023
Energie und Wechselkurse					*in %*		
Erdölpreis (EUR/Barrel Brent)	37,0	56,8	57,1	54,4	4,4	7,1	6,4
US-Dollar-Euro-Wechselkurs	1,1	1,2	1,2	1,2	−1,4	−2,7	−2,7
Nichtenergetische Rohstoffpreise		*Index 2005 = 100*			*in %*		
Gesamt	133,7	184,4	192,3	188,6	−0,8	3,3	10,2
davon Weltmarktpreise für Nahrungsmittel	146,5	186,7	192,7	185,4	−1,3	2,5	5,6
davon Weltmarktpreise für metallische Rohstoffe	120,0	186,7	197,2	194,4	2,0	3,7	3,5
EU-Erzeugerpreise Nahrungsmittel	110,5	121,1	120,1	118,5	−0,9	−1,6	−1,1
Zinsen		*in %*			*in Prozentpunkten*		
Drei-Monats-Zinssatz	−0,5	−0,5	−0,5	−0,5	0,1	−0,0	−0,1
Rendite 10-jähriger Bundesanleihen	−0,2	−0,2	−0,1	0,0	−0,2	−0,5	−0,5

Quelle: Eurosystem.

2.1 Energie prägt den zeitlichen Verlauf der Inflationsrate

Entsprechend der Preisentwicklung der Rohölpreis-Futures werden die Ölpreisnotierungen in Euro im Jahr 2021 um durchschnittlich 54 % über den Rohölpreisen des Vorjahres liegen. Die Jahresteuerung von *Energie* steigt daher *im Jahr 2021 auf 8,5 % an* (2020: – 5,9 %). Bis zum Ende des Prognosezeitraums wird auf Basis der Terminpreise von Rohöl mit einem geringfügigen Rückgang des Ölpreises gerechnet, weshalb in den Jahren 2022 und 2023 nur geringe Veränderungen der Energiepreise erwartet werden.

Die Inflationsrate von *Industriegütern ohne Energie* wird im Jahr 2021 mit 1,8 % deutlich höher ausfallen als im Vorjahr (1,2 %). Für 2022 wird im Jahresdurchschnitt eine Inflationsrate von 1,9 % erwartet.[6] Ausschlaggebend für den Inflationsanstieg bei Industriegütern ohne Energie ist sowohl die Verbesserung der Wirtschaftslage wie auch die Überwälzung der in den letzten Monaten stark gestiegenen Material- und Rohstoffkosten auf die Endverbraucherpreise. Letztere sollte allerdings im zweiten Halbjahr 2022 nachlassen. In den nächsten Monaten erwarten wir einen Rückgang der Teuerungsrate bei Bekleidung und Schuhen, da Ware mit Rabatten abverkauft wird, um die Lager für die Winterkollektion zu räumen.

[6] Die durchschnittliche Inflationsrate für Industriegüter ohne Energie seit Anfang 2016 beläuft sich auf 1,0 %.

Tabelle 2

OeNB-Inflationsprognose vom September 2021

		Prognose			Revisionen gegenüber Juni 2021		
	2020	2021	2022	2023	2021	2022	2023
	Veränderung zum Vorjahr in %				*in Prozentpunkten*		
HVPI-Inflation	1,4	2,4	2,2	1,8	0,4	0,4	0,0
Nahrungsmittel insgesamt	2,0	1,0	2,0	1,3	−0,1	0,1	0,2
davon unverarbeitete Nahrungsmittel	*3,2*	*1,9*	*2,1*	*x*	−0,2	−0,1	*x*
davon verarbeitete Nahrungsmittel	*1,8*	*0,8*	*2,0*	*x*	−0,0	0,1	*x*
Industriegüter ohne Energie	1,2	1,8	1,9	x	1,1	0,8	x
Energie	−5,9	8,5	1,6	−0,2	1,4	0,9	−0,2
Dienstleistungen	2,5	2,3	2,5	x	0,1	0,1	x
HVPI ohne Energie	2,0	1,9	2,2	2,0	0,4	0,3	0,1
HVPI ohne Energie und Nahrungsmittel	2,0	2,1	2,3	2,1	0,5	0,4	0,0

Quelle: OeNB, Statistik Austria.

Die Inflationsrate für *Dienstleistungen* wird im Jahr 2021 mit 2,3 % geringfügig niedriger sein als im Vorjahr (2020: 2,5 %). Die hohen Teuerungsraten im Bereich Hotellerie und Gastronomie dürften sich in den nächsten Monaten kaum abschwächen, da nicht nur die kurzfristigen Preiserwartungen, sondern auch die Nachfrageerwartungen für die nächsten drei Monate eine stabile Entwicklung nahelegen. Im Jahr 2022 sollte sich sowohl die Mietpreisinflation als auch die Inflationsrate in den tourismusnahen Dienstleistungen etwas beschleunigen. Einerseits werden im April 2022 die Mietpreise für Kategorie und Richtwertmieten erhöht und andererseits sollte das erwartete vollständige Auslaufen der Eindämmungsmaßnahmen im Zuge der COVID-19-Pandemie Anfang nächsten Jahres eine Beschleunigung der Inflationsrate für tourismusnahe Dienstleistungen bewirken. Für Bewirtungs- und Beherbergungsdienstleistungen wurde von Juli 2020 bis Dezember 2021 eine Reduktion des Mehrwertsteuersatzes auf 5 % vorgenommen, um die Unternehmen finanziell zu unterstützen. Angesichts der pandemiebedingten Kostensteigerungen und Kapazitätsbeschränkungen (aufgrund der Hygienevorschriften und des einzuhaltenden Mindestabstands) sowie der Liquiditätsprobleme vieler Betriebe wurde diese Steuersenkung – wie von der Regierung intendiert – nicht an die Konsumentinnen und Konsumenten weitergegeben und hatte daher keinen Einfluss auf die Verbraucherpreise. Gleichermaßen wird in der Prognose davon ausgegangen, dass auch die Rücknahme der Steuersenkung keine signifikanten Auswirkungen auf die Endverbraucherpreise nach sich ziehen wird.

Bei *Nahrungsmitteln (einschließlich Alkohol und Tabak)* wurde Anfang 2021 ein massiver Rückgang der Inflationsrate verzeichnet. Für das Jahr 2021 wird eine Teuerungsrate von 1,0 % erwartet, die sich im Jahr 2022 auf 2,0 % beschleunigen sollte. Für den Inflationsanstieg sind die in den letzten Monaten stark gestiegenen Agrarrohstoffpreise verantwortlich, die zu einer Verteuerung importierter Nahrungsmittel führen. Darüber hinaus führt die mit April 2022 wirksam werdende Tabaksteuererhöhung zu einem Anstieg der Inflationsrate von Nahrungsmitteln (einschließlich

Alkohol und Tabak) um 0,2 Prozentpunkte für die Dauer von einem Jahr.[7] Im Jahr 2023 wird die Inflationsrate auf 1,3 % zurückgehen, da der erwartete Rückgang der globalen Agrarrohstoffpreise die Inflationsrate dämpfen wird und ein Teil der Tabaksteueranhebung nicht mehr inflationswirksam sein wird.

Kasten 1

Preisniveau- und Inflationsunterschiede im österreichisch-bayerischen Grenzgebiet auf Basis von Haushaltsscannerdaten[8]

Das „Gesetz des einheitlichen Preises" (Law of One Price) besagt, dass in einer friktionslosen Welt die Preistransparenz dafür sorgt, dass der Preis eines Produktes, das in zwei Ländern gehandelt wird, derselbe ist (wenn dieser in derselben Währung angegeben wird). „Friktionsfrei" bedeutet in diesem Zusammenhang, dass es zum Beispiel keine Handelsbeschränkungen gibt, dass es freien und fairen Wettbewerb gibt und Preise sich flexibel anpassen können und somit Marktteilnehmerinnen und Marktteilnehmer sämtliche Arbitragemöglichkeiten[9] ausschöpfen können. Woher kommen dann die Preis- und Inflationsunterschiede zwischen zwei Ländern?

In diversen Studien[10] wurden Abweichungen vom Gesetz des einheitlichen Preises dokumentiert und analysiert. Die Gründe für das Abweichen von der Theorie sind divers: Unterschiede in Distanzen, über die ein Produkt transportiert werden muss, verursachen unterschiedliche Kosten. Es gibt Hinweise darauf, dass Preise an näher beieinander liegenden Standorten ähnlicher sind. Weiters wurden in diesen Studien auch lokale Kostenfaktoren, wie zum Beispiel Mieten oder Lohnkosten, als Gründe für Abweichungen vom Gesetz des einheitlichen Preises genannt. Produkte sind oftmals nicht exakt gleich, bzw. werden bei Vorliegen unterschiedlicher Präferenzen unterschiedlich wahrgenommen. Zudem können Unternehmen häufig die regional vorherrschenden Markstrukturen ausnutzen und passen je nach Marktsegment ihre Preisstrategie an (Pricing-to-Market). Ebenso können Unternehmen ihren Preis nicht immer sofort anpassen oder Rabatte werden zu unterschiedlichen Zeitpunkten gewährt, sodass es auch im Zeitablauf zu Preisdifferenzen kommen kann. Der Teil der verbleibenden Preisdifferenz, der empirisch nicht erklärbar ist, wird häufig unter dem sogenannten „Grenzeffekt" (Border Effect) zusammengefasst.

Eine homogene und sehr vernetzte Region: das bayerisch-österreichische Grenzgebiet[11]

Wie unterschiedlich sind aber nun die Preise und die Preisentwicklung auf zwei Seiten einer Grenze in einer spezifischen Region, in der viele der oben genannten Faktoren nicht anwendbar sind, und warum? Um diese Frage zu beantworten kann man sich als Fallstudie das bayerisch-österreichische Grenzgebiet ansehen. Diese Region zeichnet sich nicht nur durch eine starke wirtschaftliche Verflechtung aus (die Region hat eine gemeinsame Währung, ist Teil des Schengenraums bzw. der Europäischen Union und hat ein eigenes regionales Abkommen zur Arbeitnehmerfreizügigkeit), sondern auch durch eine gemeinsame Sprache bzw. einen ähnlichen Dialekt. Die Annahme ist daher, dass viele der oben angeführten Faktoren wie Handelsbarrieren, Wechselkurse, unterschiedliche Präferenzen (die regionale Küche ist beispielsweise ähnlich) oder Distanz etc. für die Preisstrategien der Unternehmen in der Region keine Rolle spielen und daher Preise sehr ähnlich sein sollten.

---

[7] Im Rahmen der Steuerreform 2019 waren stufenweise Tabaksteuererhöhungen in den Jahren 2021 bis 2023 beschlossen worden.

[8] Oesterreichische Nationalbank, Abteilung für die Analyse wirtschaftlicher Entwicklungen im Ausland, teresa.messner@oenb.at, und Abteilung für volkswirtschaftliche Analysen, fabio.rumler@oenb.at.

[9] „Arbitrage" bezeichnet die Ausnutzung von Preisunterschieden zum selben Zeitpunkt an verschiedenen Orten, wodurch risikolos Gewinne erzielt werden können.

[10] Engel und Rogers (1996) sowie die Kritik daran von Gorodnichenko und Tesar (2009); Gopinath et al. (2011), Burstein und Jaimovich (2008), Broda und Weinstein (2008) für die USA bzw. Kanada und Reiff und Rumler (2014) für Europa, weiters Imbs et al. (2010) für TV-Geräte sowie Dvir und Strasser (2018) für Autos.

[11] Basierend auf einer im Rahmen des ESZB-Forschungsnetzwerks PRISMA (Price-Setting Microdata Analysis) erstellten Studie von Messner et al. (2021).

Empirische Herausforderung, Äpfel mit Äpfeln zu vergleichen

Wichtig bei der Untersuchung von Preisdifferenzen ist es, Preise der exakt selben Produkte miteinander zu vergleichen. Hierfür werden häufig sogenannte Scannerdaten herangezogen. Das sind jene Daten, die erhoben werden, sobald der Barcode eines Produktes an einer Supermarktkasse gescannt wird. Mithilfe dieses Barcodes bzw. der dahinterliegenden Identifikationsnummer können spezifische Produkte und deren Eigenschaften (Name, Marke, Menge, Ausstattungsmerkmale) genau identifiziert werden. Für die gegenständliche Fallstudie wird auf sogenannte Haushaltsscannerdaten zurückgegriffen. Das sind Daten, die von Haushalten nach jedem Einkauf gescannt und erfasst werden und vom Marktforschungsunternehmen GfK (Gesellschaft für Konsumforschung) zur Verfügung gestellt werden. Diese enthalten neben den Preisen und gekauften Mengen auch Informationen zu den Charakteristika der Haushalte, die die Einkäufe tätigen. Der offensichtliche Nachteil dieser Daten ist allerdings, dass sich das Produktsortiment meist auf Produkte bestimmter Kategorien beschränkt, die in einem Supermarkt verfügbar sind (sogenannte fast-moving consumer goods, insbesondere Lebensmittel und Getränke, Produkte der Haushaltsführung, Pflegeprodukte und Gartenequipment sowie Tierfutter), sodass Ergebnisse nicht automatisch auf den gesamten Warenkorb von Haushalten umgelegt werden können.

Die Grenzregion Österreich-Bayern wird definiert als die grenznahen Bezirke der drei Bundesländer Tirol, Salzburg und Oberösterreich[12] auf österreichischer Seite und jene drei Regionen in Bayern, deren Postleitzahlen mit den Ziffern 83, 84 und 94 beginnen[13], auf deutscher Seite (insgesamt also sechs Regionen), sodass das Einzugsgebiet entlang der Grenze in etwa gleich groß ist[14]. Die Untersuchung umfasst die Zeitperiode von Jänner 2008 bis Dezember 2018 und beschränkt sich auf die wichtigsten Supermärkte, die auf beiden Seiten der Grenze vorkommen und auf oben genannte Produktkategorien, wobei frischer Fisch, frisches Fleisch und Wein aufgrund mangelnder Daten für Österreich ausgeklammert wurden.

Ähnlicher Konsum, aber unterschiedliche Preise für dieselben Produkte belegen Grenzeffekt

Die Grenzregionen in Österreich und Bayern besitzen laut unseren Daten eine ähnlich homogene Konsumstruktur. Die Korrelation der Ausgaben im untersuchten Datensatz auf COICOP[15]-4 Ebene zwischen den Regionen auf beiden Seiten der Grenze beläuft sich auf 0,9. Zwar ist die Konsumstruktur zwischen Regionen innerhalb eines Landes noch etwas ähnlicher (Korrelation von 0,99), dennoch lässt sich daraus schließen, dass Unterschiede in der Zusammensetzung des Konsums kaum von primärer Bedeutung für Preis- und Inflationsunterschiede sein können. Die nachfolgende Analyse bezieht nur jene Produkte mit ein, die auf beiden Seiten der Grenze vorkommen (grenzüberschreitend „gematchte" Barcodes, über 20.000 Produkte). Für diese Produkte lassen sich die Differenzen der bezahlten Preise bzw. der Preisänderungen im Jahresabstand (Inflationsraten) berechnen.[16]

[12] Exklusive der Bezirke Landeck, Imst, Lienz in Tirol, Tamsweg in Salzburg und Gmunden, Kirchdorf, Steyr-Land und Steyr-Stadt in Oberösterreich. Eine noch genauere Abgrenzung der Grenzregion wird durch die regionale Information in den Daten, die nur auf Bezirksebene erfasst ist, verhindert.

[13] Dies sind jene drei Postleitregionen in Bayern mit administrativen Zentren in Rosenheim, Landshut und Passau.

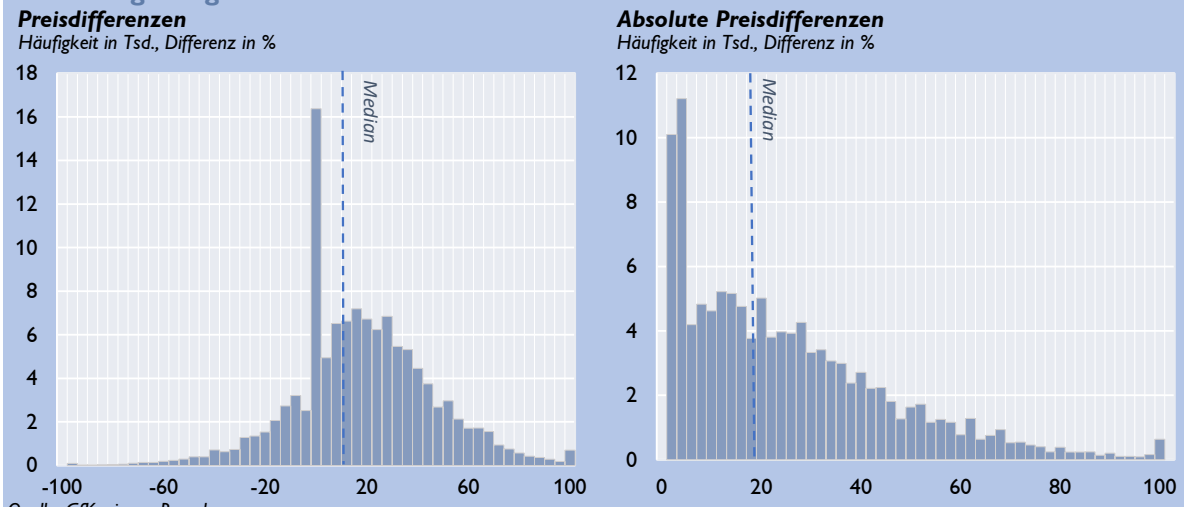
[14] Die ähnliche Größe der Gebiete auf beiden Seiten der Grenze ist nicht nur geografisch zu verstehen, sondern auch was die Einwohnerinnen und Einwohner betrifft, sind die Regionen ähnlich groß: in der definierten österreichischen Grenzregion leben ca. 2,4 Millionen Personen in der benachbarten bayerischen Region ca. 2,1 Millionen Personen.

[15] Die „Classification Of Individual Consumption by Purpose", abgekürzt COICOP, ist eine Klassifikation, die entwickelt wurde, um die individuellen Konsumausgaben von Haushalten gemäß ihrem Zweck einzuordnen und zu analysieren.

[16] Dabei werden Log-Differenzen gebildet, indem der logarithmierte Preis eines Produktes in einer Region und einer Supermarktkette in einem bestimmten Monat vom logarithmierten Preis desselben Produktes in derselben Supermarktkette in einer anderen Region im selben Monat abgezogen wird. Bei grenzüberschreitenden Paaren von Regionen werden immer deutsche von österreichischen Preisen abgezogen, wobei Nettopreise ohne die unterschiedliche Mehrwertsteuer verglichen werden.

Grafik 1 zeigt die Verteilung der Preisdifferenzen (links) sowie der absoluten Preisdifferenzen[17] (rechts) der gemeinsamen Produkte in den insgesamt neun grenzüberschreitenden Paaren von Regionen. Aus der linken Abbildung wird ersichtlich, dass es durchaus große positive und negative Preisunterschiede zwischen den österreichischen und bayrischen Regionen gibt, wenngleich der häufigste Wert (Modus) bei null liegt. Ebenso zeigt diese Grafik, dass die Differenz der Nettopreise im Median (strichlierte Linie) positiv ist (ca. 11 %). Dies bedeutet, dass das Preisniveau der „gematchten" Produkte in den österreichischen Regionen insgesamt über den deutschen Regionen liegt. Die absolute Preisdifferenz (rechte Abbildung von Grafik 1), die positive und negative Unterschiede zusammenfasst, zeigt, dass auf Ebene der Produkte im Vergleich über die Grenze beträchtliche Preisunterschiede in beide Richtungen bestehen (Median: ca. 18 %).

Verteilung der grenzüberschreitenden Preisdifferenzen Grafik 1



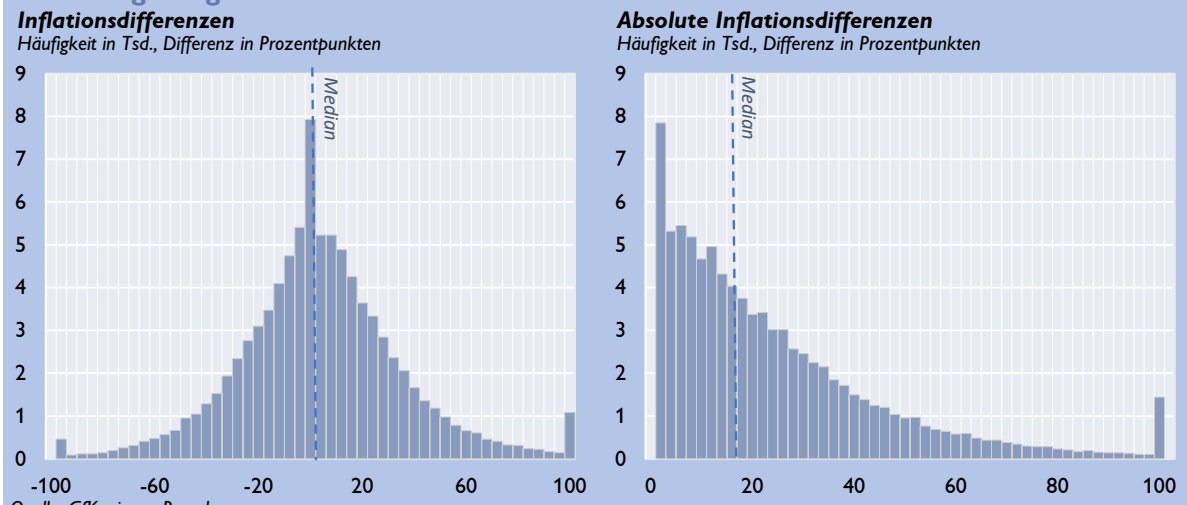
Quelle: GfK, eigene Berechnungen.
Anmerkung: Beobachtungen, die über oder unter 100 liegen, werden zusammengefasst („winsorized" bei +/-100).

Betrachtet man nun auch die Preisänderungen im Jahresabstand auf Ebene der Barcodes, zeigt sich, dass auch bei den Inflationsdifferenzen[18] der Modalwert bei null liegt (Grafik 2, linke Abbildung). Aus der symmetrischen Verteilung ergibt sich nun aber im Gegensatz zu den Preisniveaudifferenzen, dass der Inflationsunterschied zwischen den österreichischen und bayrischen Grenzregionen bei den gemeinsamen Produkten in Summe nur sehr gering ist. Dies kaschiert allerdings die absolut betrachteten Inflationsunterschiede auf Produktebene, die im Mittel bei ca. 16 Prozentpunkten liegen. Diese Unterschiede können sich ergeben, wenn etwa regional oder zeitlich unterschiedliche Angebots- und Rabattaktionen in den Preis- bzw. Inflationsvergleich eingehen.

[17] Bei den absoluten Preisdifferenzen werden positive Preisunterschiede (d.h. der Preis ist in Österreich höher als in Deutschland) und negative Preisunterschiede (d.h. der Preis ist in Deutschland höher als in Österreich) mit demselben Vorzeichen versehen und somit gemeinsam betrachtet.

[18] Hier handelt es sich allerdings nicht um Inflationsunterschiede im herkömmlichen Sinn, sondern um Unterschiede der Preisänderungen einzelner Barcodes im Jahresabstand, wie sie auch für eine Inflationsrate berechnet werden. Eine Inflationsrate im herkömmlichen Sinn unterscheidet sich davon, dass die zugrunde liegenden Produkte konsequent über die Zeit beobachtet und dann mittels Ausgabengewichten aggregiert werden. Aus Gründen der besseren Lesbarkeit wird hier aber das Wort Inflationsdifferenz verwendet auch, wenn es sich um Preisänderungsdifferenzen einzelner Barcodes (die meist nicht über viele Perioden beobachtet werden können) handelt.

Verteilung der grenzüberschreitenden Inflationsdifferenzen Grafik 2



Quelle: GfK, eigene Berechnungen.
Anmerkung: Beobachtungen, die über oder unter 100 liegen, werden zusammengefasst („winsorized" bei +/-100).

Aus den bisher vorliegenden Ergebnissen geht hervor, dass es insbesondere bei den Preisniveauvergleichen, aber auch bei den Inflationsvergleichen, einen Grenzeffekt[19] geben dürfte, da die Differenzen zwischen österreichischen und bayerischen Regionen größer sind als die Differenzen, die zwischen Regionen innerhalb desselben Landes beobachtet werden (Median der absoluten Preisdifferenz: innerhalb der österreichischen Grenzregion ca. 7 %, innerhalb der bayerischen Region ca. 3 %; Median der absoluten Inflationsunterschiede: innerhalb der österreichischen Region 14 Prozentpunkte und innerhalb der bayerischen ca. 11 Prozentpunkte).

Grenzeffekt auch innerhalb derselben Einzelhandelsnetzwerke

Wenn man davon ausgeht, dass die lokale Kostenstruktur in der bayerisch-österreichischen Grenzregion ähnlich ist, deuten die bisherigen Ergebnisse darauf hin, dass Konsumentinnen und Konsumenten nur dann von grenzübergreifenden Einkäufen profitieren, wenn sie die Preise auch Produkt für Produkt vergleichen. Diese hohen Informationskosten dürften aber grenzüberschreitende Arbitrage unattraktiv machen, sodass Einzelhändler größere Preisunterschiede über die Grenzen hinweg aufrechterhalten können.[20]

Um zu überprüfen, ob dies tatsächlich der Fall ist, können nun Informationen über spezifische Supermärkte herangezogen werden. Dabei wird der Datensatz auf jene Supermarktketten beschränkt, die entweder auf beiden Seiten der Grenze vorkommen oder einem Einkaufsverbund angehören, der in beiden Ländern aktiv ist und damit gemeinsame Einkaufskosten für die teilnehmenden Supermärkte impliziert. Daraus ergeben sich acht Akteure, die im Folgenden der Einfachheit halber als „Handelsketten" bezeichnet werden.[21]

Tatsächlich lässt sich ein signifikanter Grenzeffekt auch innerhalb der Handelsketten, die in beiden Ländern aktiv sind, finden: Während die Preisdifferenzen innerhalb einer Handelskette und innerhalb desselben Landes je nach betrachteter Kette und Paar von Regionen zwischen 7 % und 14 % betragen, beläuft sich die zusätzliche Preisdifferenz innerhalb einer Handelskette aber zwischen den beiden Ländern auf ca. 15 % und ist damit ähnlich der Preisdifferenz zwischen den beiden betrachteten Grenzregionen insgesamt. Ein Blick auf die einzelnen Handelsketten zeigt, dass der Grenzeffekt bei den Preisen in allen grenzübergreifend tätigen Unternehmen existent und signifikant ist, egal, um welchen Geschäftstyp es sich dabei handelt. Bei Diskontern

[19] Diese Schlussfolgerung konnte auch durch eine formale Untersuchung basierend auf einer OLS-Regression mit einer Border-Dummy-Variable, einer Österreich-Dummy, einem Zeittrend, Handelsketten-Dummys und diversen Interaktionstermen bestätigt werden.

[20] Pricing-to-Market: siehe z. B. Reis (2006) oder Nevo und Wong (2019).

[21] Aufgrund der Vertraulichkeitsverpflichtung gegenüber dem Datenlieferanten dürfen die Namen der untersuchten Handelsketten hier nicht genannt werden.

beispielsweise, die innerhalb eines Landes kaum Preisdifferenzen aufweisen, ist der Grenzeffekt sogar besonders groß.

Natürlich muss dabei beachtet werden, dass eine gewisse Preisdispersion innerhalb der Handelsketten allein schon deshalb besteht, da die Daten nicht auf Tages-, sondern auf Monatsebene verglichen werden. Diese Preisdispersion kann mit unterschiedlichen Angebots- und Rabattaktionen (z. B. Rabatte auf bestimmte Produkte an bestimmten Wochentagen, oder Rabattkarten etc.) oder mit unterschiedlichen Preisstrategien innerhalb einer Handelskette (zum Beispiel ein Supermarkt einer Handelskette, der an einem Ort ein höheres und an einem anderen Ort ein durchschnittliches Preissegment bedient) erklärt werden. Nichtsdestotrotz ist die sich daraus ergebende Preisdispersion im Vergleich zu den Preisdifferenzen, die über die Grenze beobachtet werden, klein.

Unterschiede im Preisniveau bedingen meist auch unterschiedliche Inflationsraten. Was die Inflationsdifferenzen anbelangt, so ist die Rolle der Handelsketten hinsichtlich des Grenzeffektes allerdings weniger offensichtlich, da dieser wesentlich geringer als bei den Preisniveaus ist. Weiters variieren die Inflationsdifferenzen auch innerhalb der Länder je nach Handelskette stark (zwischen 3 und 19 Prozentpunkten). Die Inflationsdifferenz zwischen den Ländern dürfte also weniger durch Einzelhandelsunternehmen bedingt sein, die möglicherweise ihre Preise in beiden Ländern systematisch unterschiedlich anpassen, sondern eher aufgrund unterschiedlicher Marktanteile der betrachteten Unternehmen und Produktpräferenzen der Konsumentinnen und Konsumenten. Ebenso deutet die gegenüber den Preisniveaus geringere grenzüberschreitende Differenz der Inflationsraten darauf hin, dass beide Grenzregionen trotz der Differenzen im Preisniveau gemeinsame Inflationstreiber haben.

Schlussfolgerungen

Die vorliegende Analyse geht der Frage nach, weshalb internationale Preis- und Inflationsunterschiede bestehen, wenn man Regionen betrachtet, auf die die meisten der in der Literatur diskutierten Gründe für Preisunterschiede (Distanz, Transportkosten, Währung, Zoll- und Handelsbarrieren, Sprache, Präferenzen etc.) nicht zutreffen. Dazu wird die österreichisch-bayerische Grenzregion als Fallstudie herangezogen und Preise von Produkten (auf Barcode-Ebene) und Handelsketten, die in beiden Regionen vorkommen, miteinander verglichen. Wenngleich eine Vielzahl der grenzüberschreitend angebotenen Produkte sehr ähnliche Preise aufweisen, lassen sich Preis- und Inflationsunterschiede zwischen den Regionen des bayerisch-österreichischen Grenzgebiets finden, die deutlich größer sind als Differenzen innerhalb eines Landes, und somit ein deutlicher Grenzeffekt. Die breite Streuung der Differenzen legt allerdings nahe, dass hohe Informationskosten Konsumentinnen und Konsumenten davon abhalten, grenzüberschreitende Arbitragemöglichkeiten zu nutzen. Dies könnten Handelsketten ausnutzen, um so größere Preisunterschiede über die Grenze hinweg aufrechtzuerhalten. Tatsächlich findet sich auch innerhalb der betrachteten Handelsketten, die in beiern Ländern aktiv sind, ein signifikanter Grenzeffekt, der allerdings bei den Preisunterschieden stärker ausgeprägt ist als bei den Inflationsunterschieden. Dies legt den Schluss nahe, dass internationale Preis- und Inflationsdifferenzen zwischen ähnlichen Ländern weniger ein Resultat verschiedener Kostenstrukturen oder Konsumpräferenzen als vielmehr das Ergebnis der regionalen Marktmacht der Unternehmen sowie von produktspezifischer, grenzüberschreitender Preisdifferenzierung sind.

Literatur

Broda, C. und D.E. Weinstein. 2008. Understanding International Price Differences Using Barcode Data. NBER Working Papers 14017. National Bureau of Economic Research.

Burstein, A. und N. Jaimovich. 2008. Understanding Movements in Aggregate and Productlevel Real Exchange Rates. Working paper. UCLA.

Dvir, E. und G. Strasser. 2018. Does Marketing Widen Borders? Cross-Country Price Dispersion in the European Car Market. Journal of International Economics 112(C). 134–149.

Engel, C. und H. J. Rogers. 1996. How Wide Is the Border? In: American Economic Review 86(5). 1112–1125.

Gopinath, G., P. O. Gourinchas, C. T. Hsieh, und N. Li. 2011. International Prices, Costs and Markup differences. In: American Economic Review 101(6). 2450–2486.

Gorodnichenko, Y. und L. Tesar. 2009. Border Effect or Country Effect? Seattle May Not Be So Far from Vancouver After All. In: American Economic Journal: Macroeconomics 1(1). 219–241.

Imbs, J. M., H. Mumtaz, M. O. Ravn, und H. Rey. 2010. One TV, One Price? In: Scandinavian Journal of Economics 112(4). 753–781.

Nevo, A. und A. Wong. 2019. The Elasticity of Substitution between Time and Market Goods: Evidence from the Great Recession. In: International Economic Review 60(1). 25–51.

Messner, T., F. Rumler und G. Strasser. 2021. Inflation Heterogeneity: Retail Network or National Border? Mimeo.

Reis, R. 2006. Inattentive Consumers. In: Journal of Monetary Economics 53(8). 1761–1800.

Reiff, A. und F. Rumler. 2014. Within- and Cross-Country Price Dispersion in the Euro Area. Working Paper Series 1742. European Central Bank.

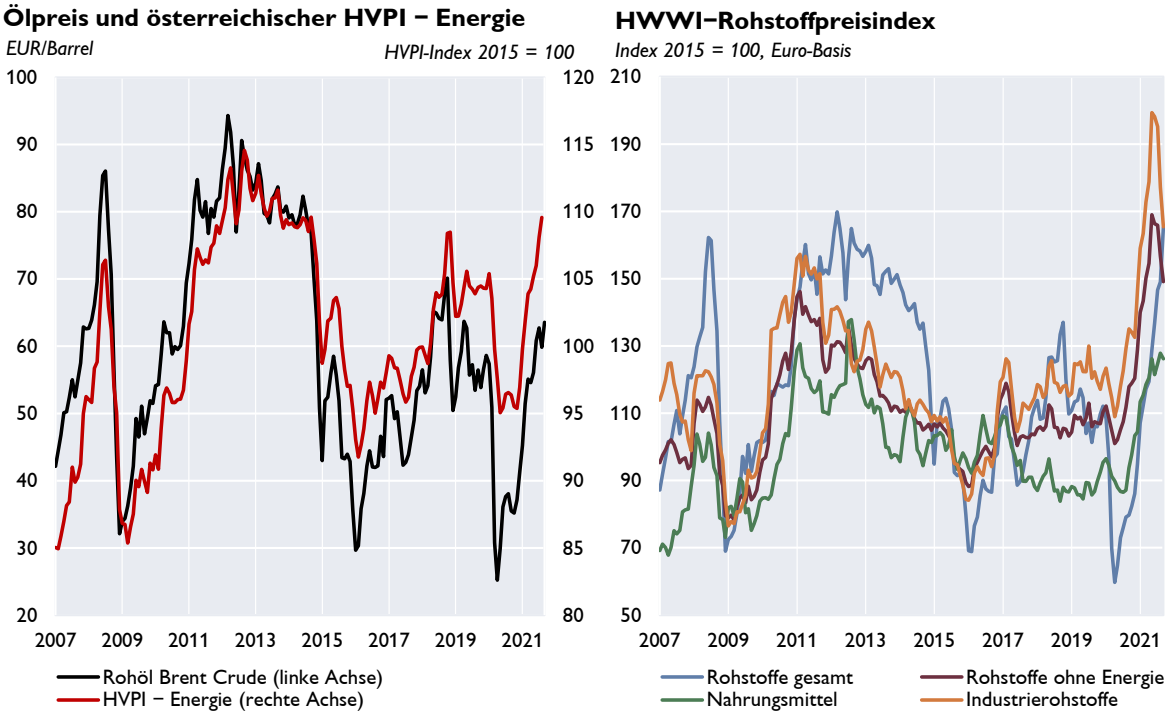
3 Erklärungsfaktoren für die aktuelle Preisentwicklung

3.1 Markanter Anstieg der energetischen und nichtenergetischen Rohstoffpreise

Während der COVID-19-Pandemie und der damit einhergehenden weltweiten Rezession fiel der Rohölpreis (der Marke Brent Crude) im Jahr 2020 phasenweise unter 30 EUR je Barrel. Aufgrund der zunehmenden globalen Nachfrage stieg der Rohölpreis seit Herbst 2020 bis September 2021 wieder auf rund 63 EUR je Barrel an. Damit liegt er nun fast 80 % über dem Wert des Vorjahresmonats, aber nur geringfügig über jenem vor der COVID-19-Pandemie im Sommer und Herbst 2019. In ihrem letzten Treffen im September 2021 beschloss die OPEC[22] der gestiegenen Nachfrage Rechnung zu tragen und ab Oktober die Ölproduktion maßgeblich auszuweiten. Dennoch stieg der Ölpreis im Laufe des Septembers weiter und liegt derzeit (am 1. Oktober) bei rund 67 EUR je Barrel. *Mit den anziehenden Ölpreisen nahm auch der Preisindex der Energiekomponente im österreichischen HVPI in den letzten Monaten deutlich zu* (Grafik 2, linke Abbildung), sodass die Energiepreise des HVPI im letzten Berichtsmonat August 2021 um 13,5 % über ihrem Vorjahreswert lagen.

Grafik 2

Rohstoffpreise



Quelle: Macrobond, Eurostat, HWWI.

Auch der *HWWI-Preisindex für die gesamten Rohstoffe stieg seit Frühjahr 2020 kontinuierlich an*. Dies ist nicht nur auf Energierohstoffe zurückzuführen, denn auch die Rohstoffe ohne Energie verteuerten sich aufgrund der zunehmenden globalen Nachfrage und angebotsseitiger Faktoren (z. B. bei Holz und Kupfer) teilweise stark. So nahmen etwa die Preise von Industrierohstoffen seit April 2020

[22] Organization of the Petroleum Exporting Countries (Allianz der Erdöl exportierenden Länder).

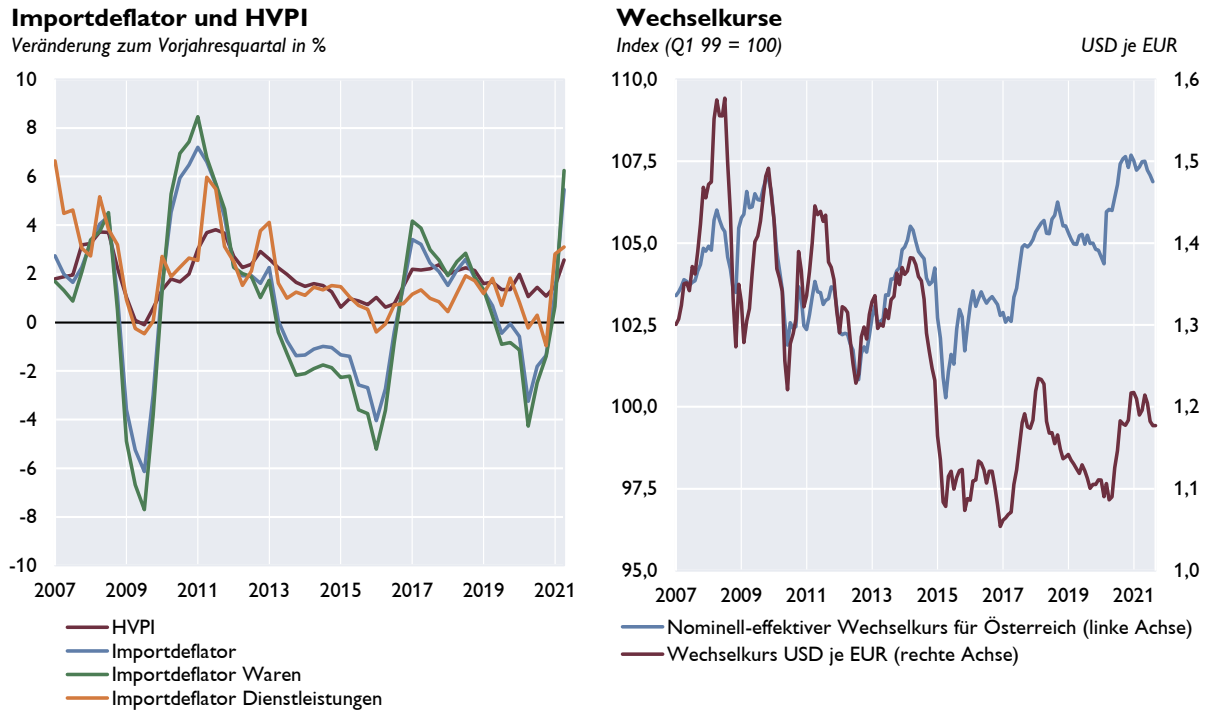
um 52 % zu (Grafik 2, rechte Abbildung). Ausschlaggebend dafür dürften sowohl die Lockerung der Containment-Maßnahmen als auch die staatlichen Konjunkturprogramme in vielen Ländern gewesen sein. Bei Nahrungsmittelrohstoffen führte die gestiegene Nachfrage bei gleichzeitiger Angebotsverknappung zu einem Anstieg des HWWI-Preisindex um 40 % seit April 2020. Bei den Industrierohstoffen hat sich allerdings im letzten Berichtsmonat wieder ein Abschwung der Preisentwicklung gezeigt, der auf ein Ende der starken Preisanstiege bei nichtenergetischen Rohstoffen hindeuten könnte.

3.2 Starker Anstieg der Importpreise im zweiten Quartal 2021

Nach einem Rückgang der Importpreise in den letzten beiden Jahren legte der Importdeflator (laut VGR[23]) im Vorjahresvergleich in den ersten beiden Quartalen 2021 wieder stark zu. Insbesondere bei Waren stieg die Jahreswachstumsrate der Importpreise im zweiten Quartal auf 5,7 % markant an, während die Wachstumsrate der Dienstleistungsimporte vergleichsweise weniger auf 3,1 % zulegte (Grafik 3, linke Abbildung). Verantwortlich dafür waren der Preisauftrieb bei energetischen und nichtenergetischen Rohstoffen sowie pandemiebedingte Liefer- und Materialengpässe.

Grafik 3

Importpreise und Wechselkurse



Quelle: WIFO, Statistik Austria, Macrobond.

Die im Vorjahr verzeichnete Aufwertung des Euro-Wechselkurses setzte sich im laufenden Jahr nicht weiter fort. *Seit Jänner 2021 schwankte der bilaterale Wechselkurs des Euro gegenüber dem US-*

[23] Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung.

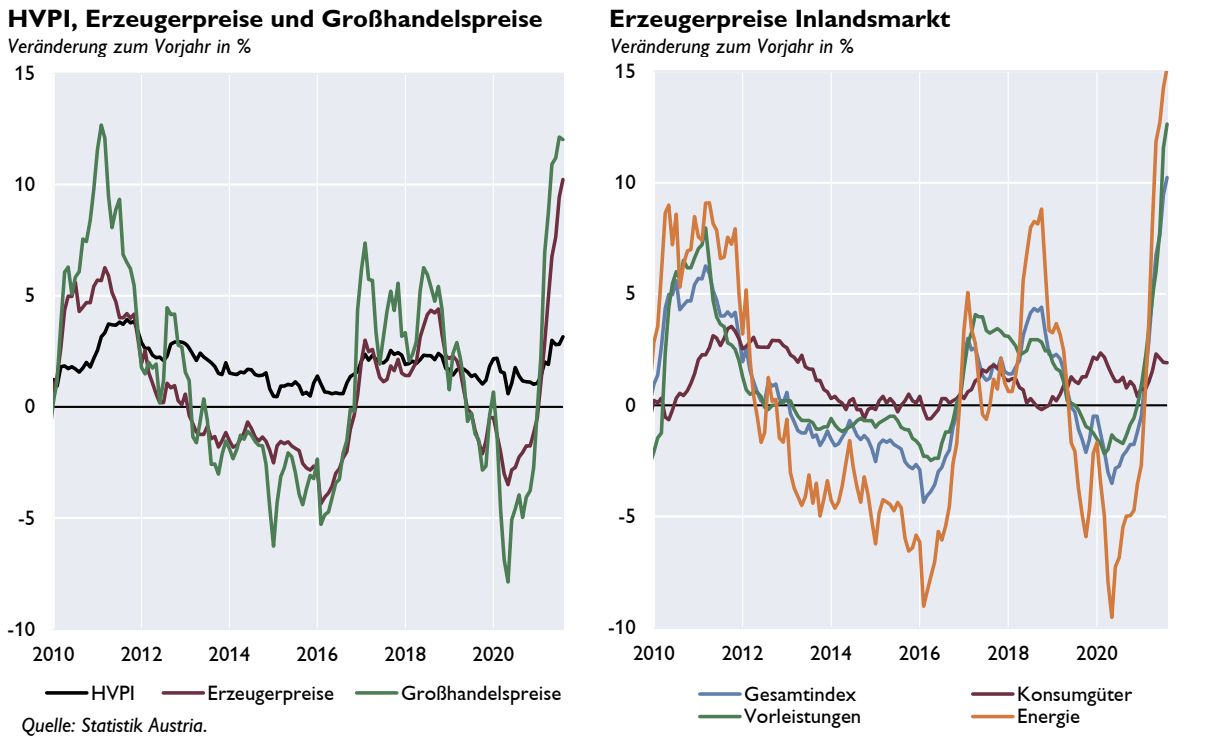
Dollar um den Wert von 1,2 USD je EUR. Der nominell-effektive Wechselkurs Österreichs[24] *blieb im selben Zeitraum ebenso annährend stabil und gab nur im jüngsten Berichtsmonat August 2021 etwas nach* (Grafik 3, rechte Abbildung).

3.3 Wachsender Preisauftrieb auf Produzenten- und Großhandelsebene

Auf den *vorgelagerten Produktionsstufen ist seit Jahresbeginn 2021 der Preisdruck markant gestiegen*. So erhöhte sich die Jahresänderungsrate des *Erzeugerpreisindex für im Inland abgesetzte Sachgüter*[25] *von* – 0,5 % im Jänner auf nunmehr 10,2 % im August 2021 (Grafik 4, linke Abbildung) – dies markiert den höchsten Wert seit Beginn der Berechnung des Erzeugerpreisindex in Österreich im Jahr 2000. Getrieben wurde dieser Anstieg hauptsächlich von der Energiekomponente des Erzeugerpreisindex, deren Inflationsrate bis August auf 15,2 % zulegte, aber auch die Inflationsrate der Vorleistungskomponente innerhalb des Erzeugerpreisindex stieg in den letzten Monaten markant an und lag im August 2021 bei 12,6 % (Grafik 4, rechte Abbildung). Trotz dieses Anstiegs entwickelte sich die Teuerungsrate der eng mit den Konsumentenpreisen verbundenen Erzeugerpreise für Konsumgüter im bisherigen Jahresverlauf 2021 moderat und lag im August 2021 bei 1,9 %.

Grafik 4

Indikatoren der vorgelagerten Preiskette



Quelle: Statistik Austria.

[24] Der nominell-effektive Wechselkurs wird von der EZB aus den bilateralen Wechselkursen gegenüber den 38 wichtigsten Handelspartnern Österreichs, gewichtet mit den jeweiligen Außenhandelsanteilen für den Sachgüterbereich, berechnet.

[25] Der Erzeugerpreisindex für Sachgüter erfasst die Preisentwicklung der im Inland produzierten und abgesetzten Waren (Industrie ausgenommen Baugewerbe, Abwasserentsorgung und Beseitigung von Umweltverschmutzung).

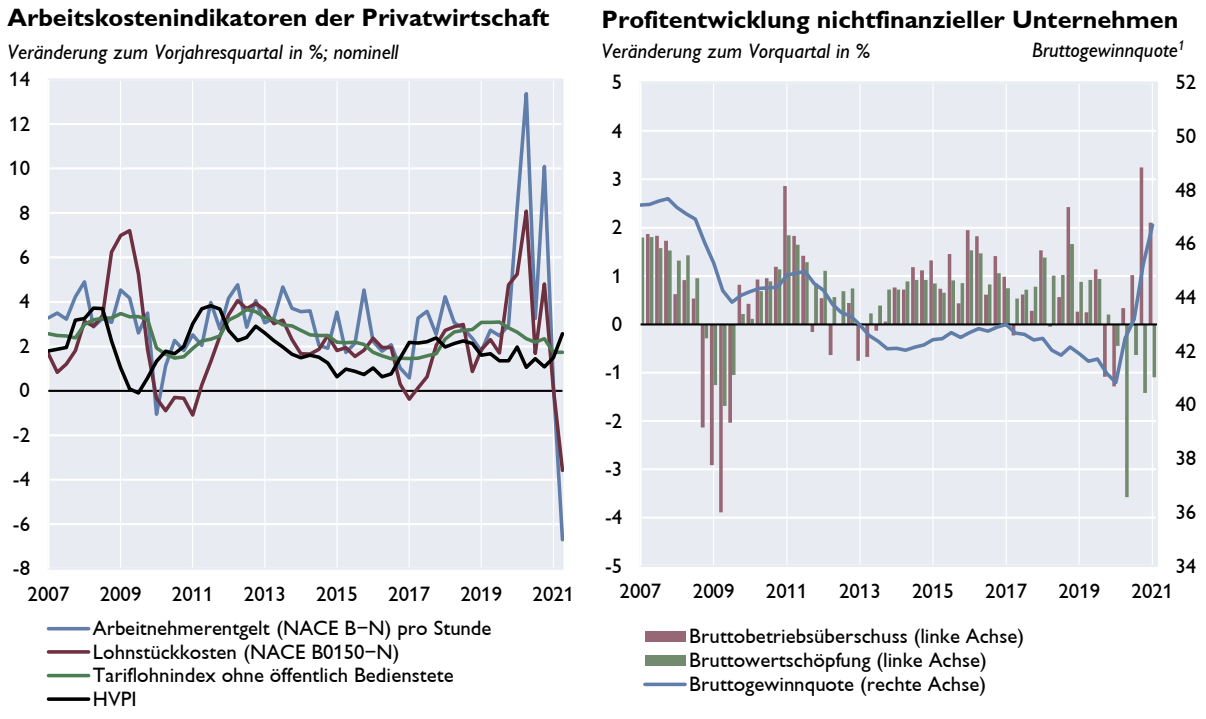
Auch die *Inflationsrate des Großhandelspreisindex legte seit Jahresbeginn 2021* ausgehend von einem leicht negativen Wert im Jänner *bis August 2021 auf 12 % drastisch zu*. Für den Indexanstieg waren zuletzt vor allem Altmaterialien und Reststoffe, Eisen und Stahl, Kunststoffe und Gummi sowie insbesondere Mineralölerzeugnisse ausschlaggebend.

3.4 Arbeitskostenindikatoren schwankten in der Pandemie stark

Seit Beginn der COVID-19-Pandemie hat sich das Wachstum der nominellen Lohnstückkosten in der gewerblichen Wirtschaft (NACE Sektoren B–N) ausgesprochen volatil entwickelt. Den pandemiebedingten starken Anstiegen im zweiten und vierten Quartal 2020 folgte ein massiver Rückgang auf –6,7 % im zweiten Quartal 2021 (Grafik 5, linke Abbildung). Einen ähnlichen Verlauf wies auch das Jahreswachstum der Arbeitnehmerentgelte pro Stunde auf (d. h. starke Anstiege im zweiten und vierten Quartal 2020 und einen deutlichen Rückgang auf –3,6 % im zweiten Quartal 2021). Der Informationsgehalt dieser Indikatoren wird allerdings durch die Kurzarbeitsregelungen wesentlich beeinträchtigt, da die Arbeitnehmerentgelte laut Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnung auch die fiskalischen Subventionen im Rahmen der Kurzarbeit enthalten. Somit spiegelt die Entwicklung der Lohnstückkosten und der Arbeitnehmerentgelte pro Stunde in dieser Sondersituation die tatsächliche Arbeitskostenentwicklung der Unternehmen nicht korrekt wider. Rückschlüsse auf einen möglichen Preisdruck können daraus nicht abgeleitet werden. Allerdings signalisiert das moderate *Jahreswachstum des Tariflohnindex* (ohne öffentlich Bedienstete), das in der ersten Jahreshälfte 2021 unverändert bei 1,7 % lag, einen geringen Preisdruck vonseiten der Lohnkosten.

Grafik 5

Arbeitskostenindikatoren und Profite



Quelle: Statistik Austria, Eurostat.

[1] *Bruttogewinnquote = Bruttobetriebsüberschuss / Bruttowertschöpfung * 100*

Die *Bruttogewinnquote*[26] *der nichtfinanziellen Unternehmen stieg seit Beginn 2020 kontinuierlich an und lag im letztverfügbaren ersten Quartal 2021 bei 46,7 %* (Grafik 5, rechte Abbildung). Diese ungewöhnliche Entwicklung in einer Krise ist darauf zurückzuführen, dass die Bruttowertschöpfung, die im Nenner der Gewinnquote steht, während der COVID-19-Pandemie vergleichsweise stärker zurückging als die Bruttobetriebsüberschüsse. Bei Letzteren verhinderten die pandemiebedingt stark gestiegenen Unternehmenssubventionen einen stärkeren Rückgang bzw. führten in manchen Bereichen sogar zu einem Anstieg.

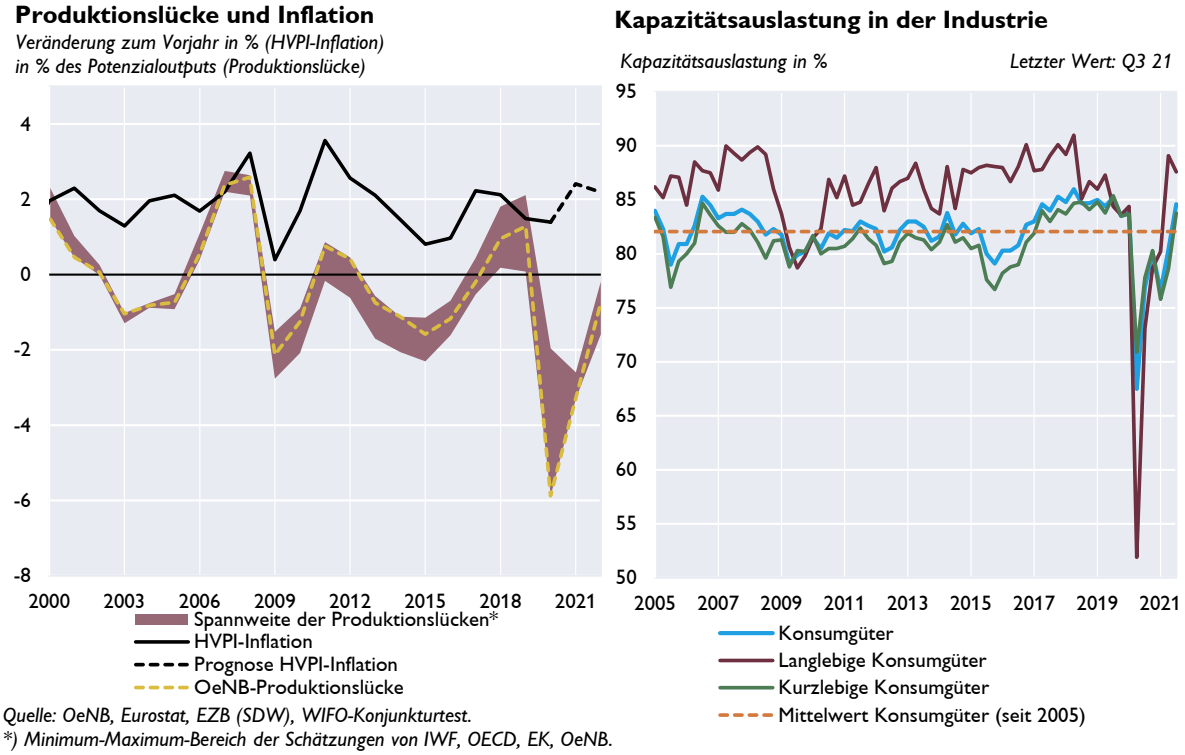
3.5 Kapazitätsauslastung in der Industrie wieder auf Vorpandemieniveau

Die Berechnung der Produktionslücke (Abweichung der aktuellen Produktion von ihrem Potenzial) unterliegt bereits in normalen Zeiten einer hohen Unsicherheit, da der Potenzialoutput nicht beobachtet werden kann und folglich geschätzt werden muss. In der COVID-19-Pandemie ist die Unsicherheit noch größer, weshalb die Bandbreiten der Schätzungen verschiedener Prognoseinstitute (OeNB, EK, IWF, OECD) für den Potenzialoutput sowie die Produktionslücke für Österreich eine noch größere Streuung als üblich aufweisen (Grafik 6, linke Abbildung). Die OeNB geht in ihrer gesamtwirtschaftlichen Prognose vom Juni 2021 davon aus, dass die wirtschaftliche Erholung in der zweiten Jahreshälfte 2021 zwar kräftig sein wird, die Produktionslücke aber im gesamten Jahr 2021 negativ bleiben und sich erst 2022 wieder schließen wird. Nach dem negativen Rekordwert von –6 % im Jahr 2020 wird die Produktionslücke 2021 laut OeNB-Schätzung bei –3,3 % des BIP liegen und wird sich in der Folge 2022 auf –0,7 % weiter verkleinern.

[26] Die Bruttogewinnquote der nichtfinanziellen Kapitalgesellschaften laut VGR ist definiert als der Bruttobetriebsüberschuss der Unternehmen, dividiert durch die Bruttowertschöpfung. Dieser Profitabilitätsindikator gibt an, welcher Anteil der im Produktionsprozess entstandenen Wirtschaftsleistung auf die Vergütung des Produktionsfaktors Kapital entfällt.

Grafik 6

Indikatoren der Produktionsauslastung



Quelle: OeNB, Eurostat, EZB (SDW), WIFO-Konjunkturtest.
**) Minimum-Maximum-Bereich der Schätzungen von IWF, OECD, EK, OeNB.*

Die *Produktionsauslastung in der Konsumgüterindustrie wies* laut WIFO-Konjunkturtest *pandemiebedingt im zweiten Quartal 2020 mit 67,5 % den niedrigsten Wert seit Beginn der Umfrage im Jahr 1996 auf*. Seither *erholte sich die Kapazitätsauslastung und erreichte mit 84,6 % im dritten Quartal 2021 wieder das Vorkrisenniveau* (Grafik 6, rechte Abbildung). Damit lag die Kapazitätsauslastung auch wieder über ihrem langfristigen Durchschnitt (Mittelwert seit 2005: 82,1 %). Innerhalb der Konsumgüterproduktion reagierte die Kapazitätsauslastung bei langlebigen Konsumgütern in der Pandemie am stärksten und ist seither auch am stärksten gestiegen (auf 87,6 % im dritten Quartal 2021), während die Kapazitätsauslastung bei kurzlebigen Konsumgütern im dritten Quartal etwas niedriger – bei 83,8 % – lag.

3.6 Kurzfristige Inflationserwartungen deutlich gestiegen

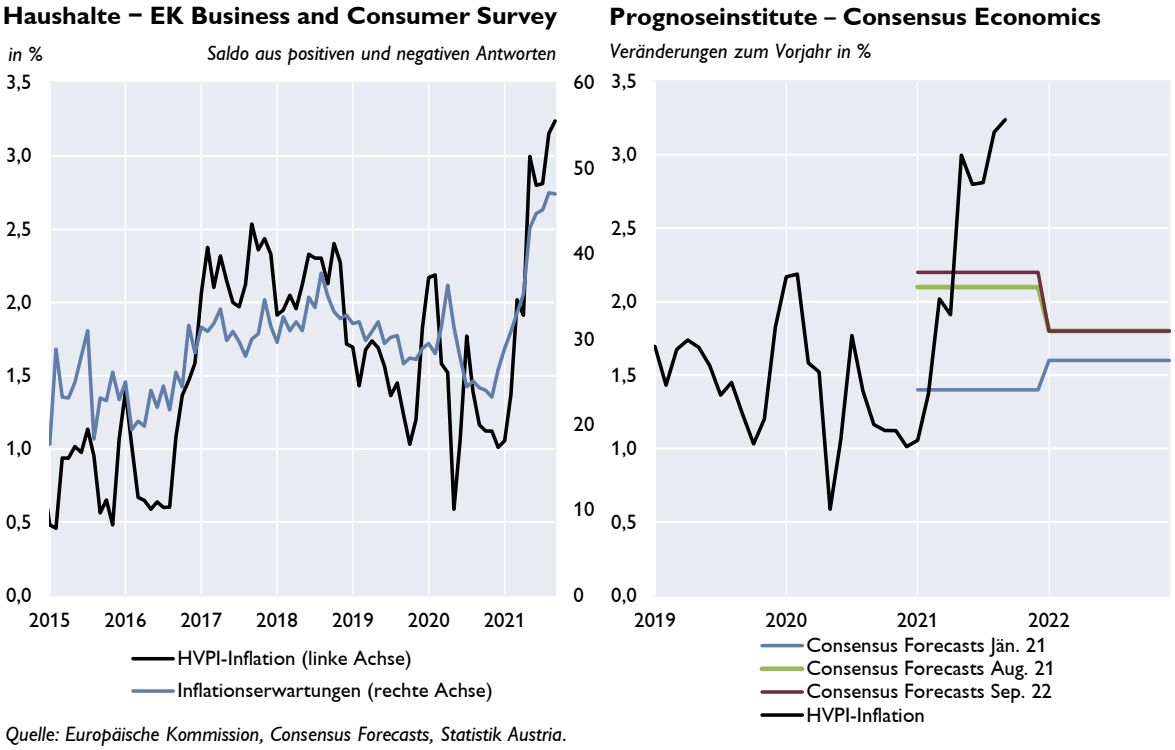
Laut Business and Consumer Survey der Europäischen Kommission nahm im bisherigen Jahresverlauf 2021 in Österreich der Anteil der Verbraucherinnen und Verbraucher, die in den kommenden zwölf Monaten steigende Preise erwarten im Gleichklang mit der tatsächlichen Inflationsentwicklung markant zu (Grafik 7, linke Abbildung). *Der Saldo aus positiven Antworten* („Preise steigen in den kommenden zwölf Monaten") *und negativen Antworten* („Preise sinken in den kommenden zwölf Monaten") *lag im September 2021 bei 47 und war damit so hoch wie zuletzt im Jahr 1991*.

Eine weitere Datenquelle für Inflationserwartungen sind die von Consensus Economics erhobenen Projektionen von professionellen Prognoseinstituten. Demgemäß *stieg die Consensus-Inflationsprognose für Österreich* (d. h. der Durchschnitt der erhobenen Prognosen) *für das Jahr 2021*

von 1,4 % im Jänner bis September 2021 auf 2,2 %. Für das Jahr 2022 wurden die Inflationsprognosen im August 2021 etwas angehoben und liegen seither bei 1,8 % (Grafik 7, rechte Abbildung).

Grafik 7

Inflationserwartungen



Quelle: Europäische Kommission, Consensus Forecasts, Statistik Austria.